

Detmold: Polizei verschweigt Vergewaltigung einer 13-Jährigen im Asylantenheim



Die schwerwiegende Tat in Detmold soll nach WESTFALEN-BLATT-Informationen die Vergewaltigung einer 13-Jährigen gewesen sein. Das Mädchen aus Asien war mit seiner Mutter nach

Deutschland geflohen – auch um sexuellem Missbrauch in seiner Heimat zu entgehen. Der Täter soll ein Asylbewerber sein, der aus dem selben Land stammt wie das Mädchen.

Das Sexualverbrechen tauchte allerdings im Polizeibericht, der für die Öffentlichkeit gedacht ist, nicht auf. Steckt System dahinter? Das WESTFALEN-BLATT machte die Probe und fragte gestern bei der Polizei Detmold an, mit welchen Delikten sie es rund um die Asylbewerberunterkunft zu tun hat. Das Thema wird für so sensibel gehalten, dass sich der Pressesprecher erst nach Rücksprache mit Landrat Friedhelm Heuwinkel (CDU) äußern darf. In der schriftlichen Antwort heißt es: »Bei den Taten handelt es sich in der Mehrzahl um Ladendiebstähle. Auf Grund der räumlichen Enge innerhalb einer solchen Einrichtung kam es zu vereinzelt Konflikten unter den Bewohnern. Es gab aber auch diesbezüglich nur wenig polizeiliche Einsätze in der Unterkunft.«

»Kein Wort von der Vergewaltigung«

Kein Wort von der Vergewaltigung des Mädchens. Dabei ist kein

Grund ersichtlich, warum das Verbrechen verheimlicht werden sollte. Die Mitarbeiter in der Asylbewerberunterkunft haben sich nach allem, was man weiß, professionell und einfühlsam um das Mädchen und seine Mutter gekümmert. Tobias Bockermann vom Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) Ostwestfalen-Lippe ist der stellvertretende Leiter der Zentralen-Unterbringungs-Einrichtung. Er sagt: »Nachbarn hatten die Tat mitbekommen und sich an einen der freiwilligen Dolmetscher gewandt, der uns dann informierte. Der Sicherheitsdienst hat den Tatverdächtigen sofort gefasst, und wir haben ihn der Polizei übergeben.« Dem Opfer und seiner Mutter sei psychologische Hilfe angeboten worden. Man habe ihnen auch für mehrere Tage ein Zimmer im Medizinzentrum des Flüchtlingsheims zur Verfügung gestellt, wo sie ihre Ruhe gehabt hätten. Inzwischen sind Mutter und Tochter in einer anderen Stadt untergekommen.

Warum sollte dieser Fall nicht bekanntwerden? Auf die Vergewaltigung angesprochen, sagte Landrat Friedhelm Heuwinkel, er habe davon »nichts gewusst«. Bei der Polizei selbst war niemand für eine ergänzende Stellungnahme zu erreichen.

(Auszug aus einem Artikel des Westfallenblatts)

Nachfolgend dokumentieren wir noch weitere Fälle, bei denen die Hintergründe seitens der Polizei verschwiegen wurden.

Im fränkischen Kitzingen wurden sexuelle Belästigungen und Ausschreitungen von Asylforderern in den Polizeiberichten ausdrücklich ohne Nennung der Nationalität veröffentlicht, um „keinen Fremdenhass“ zu schüren. Ebenso wurde im Polizeibericht bezüglich einer versuchten Vergewaltigung einer 19-Jährigen durch drei „Flüchtlinge“ im oberbayerischen Holzkirchen nicht erwähnt, dass es sich bei den Tätern um Asylanten handelte (PI berichtete jeweils hier). Im ebenfalls oberbayrischen Miesbach fand ein sexueller Übergriff von sechs

jungen Männer gegen ein 17-Jähriges Mädchen mittags statt. Trotz bestem Tageslicht konnte oder wollte die Polizei keine Beschreibung der Täter veröffentlichen.

Im April betonte eine Polizeisprecherin im Zusammenhang mit einer Gruppenvergewaltigung einer 24-Jährigen in Tübingen, dass es sich bei den Tätern um „deutsche Staatsbürger“ handelte. Beim ursprünglichen Fahndungsaufruf nach den Vergewaltigern wurden die Täter aber als vier „Südländer“ beschrieben.

Als am 19. Februar 2013 im bayrisch-schwäbischen Bobingen ein 13-Jähriger Schüler von drei ca. 18-jährigen Türken zusammengeschlagen wurde, gab die Polizei erst am 3. März den Vorfall bekannt. Man wollte ursprünglich negative Schlagzeilen verhindern, begründete die örtliche Inspektion den Versuch, den Vorfall zunächst nicht öffentlich bekannt werden zu lassen (Pi berichtete hier).

Da man wohl eher nicht davon ausgehen kann, dass den diensthabenden und protokollierenden Beamten daran gelegen ist, die Täter davonkommen oder sie zur polizeilichen Arbeitsbeschaffung länger als nötig frei herum laufen zu lassen, muss man annehmen, dass es sich beim Großteil derartiger linkspolitisch korrekter Berichte um ein von höheren Stellen ausgegebenes Diktat nach dem Motto „Täter- vor Opferschutz“ handelt.